



Runder Tisch „Wir in Eidelstedt“

Der Begriff „Wir“ bezieht sich sowohl auf die Eidelstedter als auch die Flüchtlinge, die in unserem Stadtteil heimisch werden sollen. In gegenseitiger Wertschätzung und Offenheit wollen wir uns begegnen, zusammenleben und auch voneinander lernen.

Im Sinne des GG Art 1 (2) geht es uns am Runden Tisch darum, die „unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“ mit Leben zu füllen und ganz konkret in Eidelstedt umzusetzen. Darum arbeiten wir überparteilich, überkonfessionell und interreligiös zum Wohl der Flüchtlinge zusammen. Unser Ziel ist es, hier heimisch werdenden Flüchtlingen auch am Runden Tisch Partizipation zu ermöglichen, für ihre gesellschaftliche Teilhabe einzutreten, Brücken zwischen Eidelstedtern und Geflüchteten auf- und bestehende Ängste abzubauen.

Das Ziel einer Integration ist nur auf der Basis einer breiten Beteiligung von Ehren- und Hauptamtlichen zu erreichen. Am Runden Tisch ist ein Vertreter jeder Initiative oder Arbeitsgruppe willkommen, die sich um Integration von Flüchtlingen bemühen oder für Begegnung zwischen Einheimischen und Zugewanderten sorgen. Ehrenamtliche können sich hier austauschen und werden in ihren Aufgaben durch hiesige Vereine, Einrichtungen, Kirchengemeinden und Moscheen mit Ressourcen unterstützt. Zur Bewirtschaftung von zur Verfügung gestellten Finanzmitteln bestimmt der Runde Tisch die Mitglieder des Finanzbeirates.

Es ist schon jetzt deutlich, dass die Ressourcen vor Ort nicht ausreichen. Es werden mehr Orte des sozialen Lebens (z.B. KiTas, Schulräume, Sporthallen, Begegnungsräume), aber auch zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen gebraucht, um die anstehenden Aufgaben erfolgreich zu bewältigen. Aufgabe des Runden Tisches ist es auch, für den Stadtteil im Gespräch mit politisch Verantwortlichen für das Erforderliche einzutreten.

Der Runde Tisch „Wir in Eidelstedt“ möchte für eine gelingende Kommunikation zwischen den ehrenamtlichen Initiativen, Arbeitsgruppen, den Institutionen und den Betreibern der Unterkünfte wie z. B. „Fördern & Wohnen“, Einheimischen und Zuwanderern sorgen.

Die Sitzungen sind öffentlich, finden alle vier bis sechs Wochen statt und werden von den geschäftsführenden Personen vorbereitet.